

**Vorlage  
für die Sitzung  
der städtischen Deputation  
für Soziales, Jugend und Integration  
am 27.10.2016**

**Fachgutachten zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft**

**A. Problem**

Herr Tuncel von der Fraktion DIE LINKE hat folgende Berichtsbitte an die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration gerichtet:

***„Fachgutachten zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft***

*Am 14. Januar 2016 wurde auf der Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration die Erstellung eines neuen Fachgutachtens zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft (KdU), die den aktuellen Verhältnissen des örtlichen Mietwohnungsmarktes entsprechen, beschlossen. In der Zwischenzeit beruft sich das Sozialressort auf die Mietwerterhebung Indexfortschreibung 2013 als Grundlage für die Richtwerte zur KdU. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt allerdings seit Jahren eine Unterdeckung bei der Kostenerstattung. Sozialberatungsstellen berichten zudem, dass sie nach wie vor Hilfesuchende beraten, die mit Kostensenkungsaufforderungen der Jobcenter zu ihnen kommen.*

*Vor diesem Hintergrund fragen wir das Ressort:*

- 1. Wann wird das neue Fachgutachten vorliegen?*
- 2. Wie viele Aufforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten befinden sich derzeit in der Bearbeitung durch die Bremer Jobcenter?“*

**B. Lösung**

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Ein Berichtsentwurf des Gutachtens wird Ende November 2016 erwartet.

Die Befassung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration mit dem Gutachten und den Ergebnissen ist für die Sitzung im Februar 2017 vorgesehen.

Zu 2:

Eine statistische Auswertung zur Anzahl der in der Bearbeitung befindlichen Kostensenkungsverfahren findet nicht statt, weil es hierfür keine technische Unterstützung im EDV-System des Jobcenters gibt.

**C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

**D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung**

Keine.

Die Gender Aspekte wurden geprüft. Es liegen keine Daten/Informationen darüber vor, dass eine Gleichstellungsrelevanz gegeben sein könnte.

**E. Beteiligung / Abstimmung**

Keine.

**F. Beschlussvorschlag**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 07.10.2016 zur Kenntnis.